

# Der Gefellschaffer

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolber Tagblatt

Gründet 1826

Druck und Verlag von W. M. Keller (Hart Keller) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung R. Kaufmann.

Freitag den 31. März 1922

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.  
Für jede Zeile mit 10 Zeichen 50 Pfennig.  
Telegraphen-Adresse: Gefellschaffer Nagold.  
Postkassens: Stuttgart 5118.

Er scheint an jedem Werttag, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.  
Bezugspreis: in Nagold, durch Agenten, durch Post einl., Postgebühren unentl. A 11.—  
Anzeigen-Gebühr für die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung A 1.60, bei mehrmaliger Abtatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konfiskation ist der Abtatt hinfällig.

Nr. 76

Freitag den 31. März 1922

96. Jahrgang

### Zur Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1921.

Von Landesökonomierat Haglen,  
Vorstand der Buchstelle der württ. Landwirtschaftskammer.

Soweit bekannt geworden ist, finden zur Zeit in den eingetragenen Finanzbezirken die Einkommensteuerveranlagungen für das Steuerjahr 1921 statt. Aus Zuschriften und mündlichen Mitteilungen von landwirtschaftlicher Seite geht hervor, daß die bei den Veranlagungen für die Viehbestände ermittelten Verlebensermittlungen den Finanzämtern zum Teil zu niedrigen, eine Erhöhung der Normalhöhe findet dann häufig wie im Vorjahr in der Weise statt, daß die Viehbestände oder wenigstens ein Teil der Viehbestände am Jahresende höher als am Jahresanfang bewertet werden. Die Finanzämter bezeichnen die Erhöhung damit, daß für den Zuwachs bei Jungvieh ein besonderer Zuschlag gemacht werden müsse. Die Buchstelle der württ. Landwirtschaftskammer hat gegen diese Sonderzuschläge schon wiederholt in Wort und Schrift Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß in einem normalen Betrieb, und ein solcher ist wohl bei Viehbeständen zugrunde zu legen, der Zuwachs regelmäßig veräußert wird, und daher in den laufenden Einnahmen für Vieh in Erscheinung tritt. Wenn einerseits die Einnahmen für veräußertes Vieh bei der Einkommenberechnung voll in Rechnung gestellt werden und andererseits noch ein Zuschlag für Zuwachs beim Bestandeswert gemacht wird, so wird der für den Zuwachs eingeleitete Betrag doppelt zur Einkommensteuer herangezogen. Angenommen in einem Betrieb mit einem normalen Viehbestand von 10 Stück Vieh ein Stück Jungvieh wird vom Finanzamt als jährlicher Zuwachs angesetzt. Der Wert dieses Viehs ist 1000 Mk. und es wird ein Zuschlag von 10% gemacht, so wird der Wert des Viehs auf 1100 Mk. angesetzt. Der Wert des Viehs am Jahresanfang war 1000 Mk. und der Wert am Jahresende 1100 Mk. Der Zuschlag von 10% ist also nur ein Zuschlag für den Wertzuwachs, der durch den Verkauf des Viehs erzielt wird. Wenn man nun den Wert des Viehs am Jahresanfang mit dem Wert am Jahresende vergleicht, so ergibt sich ein Wertzuwachs von 100 Mk. Dieser Wertzuwachs ist in der Einkommenberechnung als Einnahme zu berücksichtigen. Wenn man nun noch einen Zuschlag von 10% für den Wertzuwachs macht, so wird der Wertzuwachs auf 110 Mk. angesetzt. Dies ist ein doppeltes Berechnen des Wertzuwachses.

am 30. Dezember 1920 400—550 A je Jtr. Lebendgewicht  
am 29. Dezember 1921 440—555 A  
Wenn bei der Festsetzung von Normalhöhen nicht noch dem von der Buchstelle vertretenen Standpunkt verfahren werden sollte, so muß unter allen Umständen verlangt werden, daß die laufenden Einnahmen für Vieh um den im Vorjahr für den sogenannten Zuwachs gemachten Zuschlag gekürzt werden. Angenommen, im Jahre 1920 wurde vom Finanzamt für ein selbst nachgezogenes Kalb ein Zuwachs von A 1000.— gemacht und im Jahr 1921 wurde das betreffende Tier als jähriges oder 1 1/2-jähriges Kalb zu A 3500.— verkauft, so müßten diese Einnahmen um die schon im Vorjahr versteuerten A 1000.— gekürzt werden. Ob dadurch das Veranlagungsergebnis vermindert wird, will ich dahingestellt sein lassen. Wenn schon Zuschläge für Zuwachs beim Vieh gemacht werden wollen, so wäre es angezeigt, den Zuwachs in der Weise festzustellen, daß die durch Schätzung zu ermittelnde Lebendgewichte des gesamten Viehbestandes (Rühe und Jungvieh) am Anfang und Ende des Jahres miteinander verglichen wird. Hat am Anfang des Jahres das Gesamtgewicht des Viehbestandes 100 Jtr. betragen und am Jahresende 105, dann kann von einem Zuwachs gesprochen werden und läßt sich in diesem Fall ein gewisser Zuschlag auch rechtfertigen. Umgekehrt müßte aber, wenn das Gesamtgewicht des Viehbestandes am Jahresende weniger als 100 Jentner betragen würde, ein entsprechender Abzug bei der Veranlagung gemacht werden. Bei Viehbeständen, die aber auch diese Differenzierung nicht notwendig, da in normalen Betrieben der Viehbestand und somit auch das Gesamtgewicht des Viehbestandes, wie schon erwähnt, sich ziemlich gleich bleibt. Nachfolgendes Beispiel dürfte noch weiter zur Klärung dieser Frage beitragen. Angenommen, der Viehbestand eines Betriebes lege sich am Jahresanfang wie folgt zusammen:

A Kühe	5 Stück je 11 Jtr. = 55 Jtr. Lebendgewicht
B 2-jährige Kühe	2 " " 8 " = 16 "
C 1-jährige Kühe	2 " " 5 " = 10 "
D Kälber	1 " " 2 " = 2 "
<b>zusammen</b>	<b>10 Stück = 83 Jtr. Lebendgewicht</b>

Im Laufe des Jahres sind 4 Kälber geboren worden, eine Kuh wurde verkauft. An deren Stelle rückt ein Jahreskalb eines der unter B aufgeführten 2-jährigen Kühe, das andere zweijährige Kalb wurde verkauft, ebenso ein 1-jähriges Kalb, sowie eines der im Laufe des Jahres geborenen Kälber. Nach Berücksichtigung des Zu- und des Abgangs und der Fortbildung von einer Gruppe der Jahresklasse in die andere ist am Jahresende folgender Viehbestand vorhanden:

A Kühe	5 Stück je 11 Jtr. = 55 Jtr. Lebendgewicht
B 2-jährige Kühe	2 " " 8 " = 16 "
C 1-jährige Kühe	2 " " 5 " = 10 "
D Kälber	1 " " 2 " = 2 "
<b>zusammen</b>	<b>10 Stück = 83 Jtr. Lebendgewicht</b>

Diese Aufstellung zeigt, daß obwohl 4 Kälber geboren sind und die einjährige Klasse im Vergleich zum Vorjahr um ein Stück vermindert ist, der Viehbestand am Jahresende ein Zuwachs nicht vorhanden war, weil eben der Zuwachs verkauft worden ist. Es ist demnach ein Zuschlag zu den Einkommensteuererträgen nicht begründet. Nur für den Fall, daß am Ende des Jahres gegenüber dem Vorjahr ein oder zwei Stück mehr vorhanden wären, könnte ein Zuschlag in Frage kommen. Dieser Zuschlag müßte aber bei einem etwaigen Verkauf der Tiere im folgenden Jahr an den Einnahmen hierfür wieder in Abzug gebracht werden, so daß sich das Ergebnis doch wieder gleich bleiben würde.

Da die für die Steuerberechnung aufgestellten Normalhöhen für alle gleichartigen Betriebe grundlegend sein sollten, ist es meines Erachtens richtiger, bei Aufstellung der Normalhöhen bei etwa gleicher Viehzahl am Anfang und Ende des Jahres weder Zuschläge noch Abzüge zu machen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. März. Bei der gestrigen Weiterbesprechung der Regierungserklärung im Reichstag gab Präsident Ebel den Antrag der Deutschnationalen bekannt, in dem das „Unannehmbar des Reichstanzlers“ gebilligt, ihm im übrigen aber das Vertrauen verweigert wird. — Abg. Watz (Fr.) erklärte, wie sehr er dem Antrag zustimmt, aber nicht anfecht. Eine Kontrolle unserer Handelsbeziehungen mit der Entente nicht ausgeschlossen. Die Gelegenheiten zu Verhandlungen dürften nicht ausgeschlossen werden. Das Zustandekommen des Steuerkompromisses zeigt, daß die Krise der Anstalt seien, daß indirekte Steuern bewilligt werden müßten. Der Reichstag solle deshalb geschlossen die Politik der Regierung stützen. — Abg. Dr. Stresemann (D.) betonte, daß zwar die wirtschaftliche Welt Englands und Frankreichs von Genau eine Entspannung erhoffen, daß aber auf die Politik Frankreichs dieser Gedankengang ohne Einfluß geblieben sei. Die amerikanischen Kontakte zeigten, daß auch das nächste Land den Zusammenbruch des Weltmarktes zu spüren beginnt. Nur ein wirklicher Ausbruch Mitteleuropas könne diesen wieder zur Geltung bringen. Wir sollten Russland die Hand zu seinem Wiederaufbau bieten und es anerkennen. Das Steuerkompromiß mit der Zwangsleihe sei das Höchstmögliche, was Deutschland leisten könne. Jetzt, wo die Regierung „nein“ sage, müsse der Reichstag sich mit großer Mehrheit hinter sie stellen. — Darauf ergriß Reichsminister des Innern Dr. Rathenau das Wort, um zunächst festzustellen, daß die vorausgesetzten Rechte nicht eingetretten und die junge Saat des Friedens bei den Verhandlungen in Genuß gekommen hätte. Er erklärte weiter, hinsichtlich der Reichsleihen sei nicht unterlassen und wenigstens erreicht worden, daß die Vorkonferenz die Entscheidung darüber zurückgestellt habe. Die Furcht Frankreichs vor einem deutschen Angriff beeinflusse seine Aktionen. Die Schutzpolizei brauchen wir zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande. Wenn im Ausland auf unsere geringe Arbeitslosigkeit hingewiesen werde, so sei zu bedenken, daß für die im letzten Jahr gezahlten 1 1/2 Milliarden für Reparationen, die Lebensmittelpreise in Höhe von 2 Milliarden Goldmark und den Anstieg der Rohstoffe aus unseren Kolonien jährlich 5 Millionen Deutsche arbeiten müßten. Die Behauptung, Deutschland habe nicht bezahlt und wolle nicht bezahlen sei ebenso falsch, wie die, daß Deutschland nicht einmüßig habe und nicht entweichen wolle. Der Minister führte dafür Beispiele an und meinte, die Wahrheit werde sich bald zeigen. Er fuhr fort, Deutschland bedürfe zu seinem Wiederaufbau eine Rumpsumme, die nur durch eine äußere Anleihe möglich sei. Die Hoffnung auf Amerika sei verfehlt, denn dieses wolle sein Geld nicht Europa zur Verfügung stellen. Deutschland kämpfe mit allen Kräften gegen seinen Niedertrend an, der auch der Frankreichs sein würde. Es verlange deshalb von den Nationen der Welt die Möglichkeit der Aufstellung eines Arbeitsplanes, und einer Wirkung am gemeinsamen Wiederaufbau. — Abg. Dr. Weisbach (D.) meinte, daß Reumachen zum Reichstag keinen Vorteil bringen könnten und ist mit dem Reichstanzler einverstanden, daß er an dem System seiner bisherigen auswärtigen Politik nichts ändern wolle. Das Steuerkompromiß könne das Defizit nicht beseitigen, weshalb seine Partei die

Erfassung der Sachwerte und die Sozialisierung des Bergbaues, Ersparnisse bei Meer und Marine und Befestigung des ganzen Bundesstaatswesens mit den einzuenden Regierungen und Parlamenten verlange. — Abg. Haack (Dem.) verlangte, daß Frankreich uns endlich mit den Arbeiten im getriebenen Gebiet beginnen lasse und stellte fest, daß bei Meer u. Marine nichts zu sparen sei, die sich Deutschland erhalten müsse. Mit der Erklärung der Regierung sei seine Partei einverstanden. — Nachdem das Haus in 3. Lesung den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Mobilisationsverordnungen verabschiedet hatte, verlas er sich auf morgen Nachmittag 1 Uhr, wo die kurze Beratung der Regierungserklärung fortgesetzt werden soll.

### Kleine politische Nachrichten.

Die „Selbständigkeit“ Ägyptens.  
London, 30. März. Die britische Regierung teilte in einem Rundschreiben an die Mächte die Aufhebung des englischen Protektorates über Ägypten und die Anerkennung der ägyptischen Unabhängigkeit mit. In der Note wird jedoch ausdrücklich betont, daß die Aufhebung des Protektorates in Bezug auf die Stellung Ägyptens anderen Mächten gegenüber nicht zum Status quo geändert habe, und daß England jede fremde Einmischung in ägyptische Angelegenheiten als einen feindseligen Akt betrachten werde. Die englische Regierung werde nach wie vor jedes Ansehen des ägyptischen Territoriums mit allen Mitteln verhindern.

Die schweizerische Bundesversammlung.  
Bern, 30. März. Der schweizerische Ständerat diskutierten gestern den deutsch-schweizerischen Friedensvertrag und beschloß einstimmig dessen Ratifikation.

Der politische Vertrag zwischen Polen, Finnland, Lettland und Estland.  
Warschau, 30. März. Der zwischen Finnland, Estland, Polen und Lettland als Ergebnis der Vorkonferenz in Warschau vom 12. bis 17. März abgeschlossene politische Vertrag wird jetzt von der polnischen Telegraphenagentur amtlich veröffentlicht. Sollte einer der Staaten ohne Schuld von einer Seite angegriffen werden, so sollen sich die übrigen zu diesem Staate in wohlwollender Neutralität verhalten. Der Vertrag hat auf 5 Jahre Gültigkeit, wird fünfjährig um 1 Jahr verlängert und kann 6 Monate vorher gekündigt werden.

Von der Monarchie zum Volksstaat.  
Stuttgart, 30. März. Staatspräsident a. D. Bloß bietet in seinem demnächst erscheinenden Werk „Von der Monarchie zum Volksstaat“ eine erste eingehendere Darstellung der zeitgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Württemberg in den Jahren 1918—21. Die Veröffentlichung erscheint in der Bibliothek „Zeitgenössische Monographien“ (Gergers Literatur, Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart, Neckstraße 44). Sie trägt sich auf manche bisher unbekannteren Anekdoten, sowie amtliches Material und wirkt manches neue Licht. Die Wiedergabe der historisch wichtigsten Anekdoten und dergl. ist durch das Einfließen vieler Erinnerungen und Anekdoten außerordentlich reichhaltig und ergänzt das historische Gesamtbild der damaligen Zustände, einzelne, wie man sich aus parteipolitischen Anschauungen zu dieser stellt.

Der spanische Marokkokrieg.  
Melilla, 30. März. Zwei spanische Abteilungen haben 2 neue Stellungen auf dem Gebiete der Beni Said besetzt. Die Rebellen haben die Besetzung der Insel Alarcos heute wieder aufgenommen, die seit Sonntag unterbrochen war.

Polen anerkennt den Schiedsspruch nicht.  
Büch, 30. März. Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus Paris, daß dort zuverlässige Nachrichten aus Warschau vorliegen, wonach die Polen einen Schiedsspruch Lausanne in der Entsignungsfrage nicht anerkennen wollen. Ein polnischer Protest an den Vorkonferenz sei bereits beschlossene. In Paris nimmt man an, daß durch die Weigerung Polens, den bevorstehenden Schiedsspruch zwischen Deutschland und Polen anzuerkennen, die Regelung der oberschlesischen Frage abermals verzögert werde.

Vorbereitung der Finanzkontrolle.  
Rotterdam, 30. März. Nach einem Londoner Telegramm des Rotterdamer Courant verbreitete Reuters am Montag früh die Meldung, daß der Beschluß der Reparationskommission vom 18. dieses Monats, wonach Deutschland am 1. Juni unter Finanzkontrolle zu stellen sei, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Vorkonferenz geseht worden sei. Die Londoner Times melden dazu, daß nach der Auffassung führender englischer Kreise die Finanzkontrolle über Deutschland endgültig sei und daß nur noch über die Form der Ausführung, nicht aber über die Tatsache selbst Verhandlungen mit Deutschland gepflogen werden könnten.

Hoffnungen von der Finanzkontrolle.  
Genf, 30. März. Der Zürcher Tribune meldet, daß die Reparationskommission, obwohl Deutschland keine Frist ge-

alllich der beiden Lese in  
sen, nun zur Einsetzung  
und genau, weil eben von  
is zu erwarten war und  
Wort der Firma Bäckie  
tung entspricht nicht den  
Donnerstag Nachmittag  
Lese aus schließlich abgelehnt,  
schwäbigen Firma bereits  
einanderabstimmung wurde  
n Verkauf, über die deren  
Beicht erhaltet. Der  
den Zuschlag, die übrigen  
den Mindestpreis, zu dem  
und für ein Los, das nur  
erhöherhaltung, in diesem  
Gemeinderat 700% für  
diesen Preis zu begabten.  
berde, dies in Form eines  
beide gefahren müsse, da  
Soltes bilden (Das ist  
Verbindung bereit, 700%  
Preis für die anderen Lese  
waren) auf 730% erhöht  
le in der Winterhalbe zu  
weise darauf, daß es sich  
in der W. zum Preise  
ein weiteres Nachgeben  
müßlich dem Bietet seine  
und der nachdrücklich Vor  
zu erhalten, wenn sie  
en Standpunkt zu ändern.  
gen eingehend Bericht er  
schlag auf die beiden Lese  
Bewertung des Holzes  
der Firma Bäckie in A.  
sich ebenfalls jetzt erst  
n, um die Abnahme  
en Lese wurden von den  
650% übernommen.  
n Sachverhalt klar hec  
erhandlung im „Adler“  
ne brauchte nur einen  
Theurer hatte wiederum  
der Winterhalbe, zum  
geforderten Preis von  
n Theurer nicht getan.  
erlaubt, vor ihrer Arbeit  
ndt mache ihr die genü  
erung, daß der Preis für  
nd Schenker waren, auf  
730% für diese Lese?  
Angestellten beschäftigen  
die Finanzministerien von  
schloß betrifft, so findet  
ndstem Maße nicht.  
1921/22 beträgt im Stadt  
40 Jm. dem würde ein  
e längen Geldmittel für  
ein außerordentlicher Holz  
kauf gebrachte Stammholz  
Gelegenheit sich reichlich  
ange nur 1433 Jm. ge  
telt, so hat sie die Schuld  
Angelegenheit auch für die  
ob sie sich von der Firma  
einen Preis für diese ver  
Ergebnisse ihres Wertes  
zu erweitern.  
1191  
Forstmeister.  
1197  
z. Löwen.  
abends 8 Uhr  
feldern  
ada.  
iv-Film.  
sten.  
ramm:  
emacht.  
stagsabend 8 Uhr,  
s Programm  
nds 8 Uhr.  
Programma.  
ichtspiele Stuttgart.













